

Stand: 28.04.2024 09:05:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/22610

"Putin nutzt den Hunger als Kriegswaffe: Bündnis für weltweite Ernährungssicherheit schaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/22610 vom 11.05.2022
2. Beschluss des Plenums 18/22658 vom 11.05.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 114 vom 11.05.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Margit Wild, Martina Fehlner, Annette Karl, Doris Rauscher, Alexandra Hiersemann, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz, Stefan Schuster, Florian Ritter, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Christian Flisek, Michael Busch, Inge Aures, Horst Arnold, Klaus Adelt** und **Fraktion (SPD)**

Putin nutzt den Hunger als Kriegswaffe: Bündnis für weltweite Ernährungssicherheit schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der unprovokierte, völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gleichermaßen eine Attacke auf die internationale Ernährungssicherheit darstellt. Der Krieg in der Kornkammer des Kontinents droht, weitere Hungersnöte in den ärmsten Ländern der Welt auszulösen. Das Welternährungsprogramm warnt, dass als Folge des Krieges weltweit bald 330 Mio. Menschen an Hunger leiden könnten, aktuell beziffert die UN-Organisation 276 Mio. hungernde Menschen.

Der Landtag begrüßt

- die Zusage von Bundeskanzler Olaf Scholz, Deutschland werde 430 Mio. Euro zusätzlich für die weltweite Ernährungssicherheit zur Verfügung zu stellen,
- die Initiative der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Svenja Schulze, ein neues internationales Bündnis für globale Ernährungssicherheit auf den Weg zu bringen, um Millionen Menschen vor dem Hungertod zu bewahren,
- die Ausweitung des Programms zur Ernährungssicherheit und Resilienzstärkung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit in Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnerländern, das mittlerweile vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit jährlich mehr als einer Mrd. Euro unterstützt wird. Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, die Ernährungslage instabiler Staaten durch eine verbesserte Agrarwirtschaft zu stärken.

Der Landtag fordert die Kommission der Europäischen Union und die Mitgliedstaaten auf,

- wie die Bundesregierung ihre Beiträge zum Welternährungsprogramm zu erhöhen und Programme für eine verbesserte Agrarwirtschaft in den Entwicklungsländern zu fördern,
- mit einem europäischen Sorgfaltspflichtengesetz schnell einen Beitrag zu fairen globalen Lieferketten sowie regionalen Märkten zu leisten.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, den Finanzrahmen insbesondere für die Entwicklungszusammenarbeit mit Bayerns afrikanischen Partnerschaftsländern Äthiopien und Senegal, aber auch mit Tunesien sowie den beiden südafrikanischen Partnerprovinzen Westkap und Gauteng deutlich auszuweiten.

Der Landtag dankt den vielen privaten Initiativen und Organisationen, u. a. dem Bündnis „Aktion Deutschland hilft“ und dem EineWelt Netzwerk Bayern e. V., die der weltweiten Ernährungskrise eigene Konzepte, Projekte und/oder Finanzmittel entgegensetzen.

Begründung:

Die Ernte in der Ukraine fällt 2022 aus, weil Landwirte vor dem Krieg fliehen oder ihre Betriebe wegen Kriegsschäden aufgeben oder einschränken mussten. Viele landwirtschaftliche Fachkräfte in der Ukraine verteidigen an den Kriegsfronten ihr Land.

Auf die Ukraine entfielen bis dato immense Weltmarktanteile an landwirtschaftlicher Produktion, die von jetzt auf nachher nicht mehr verfügbar sind: 11 Prozent des Weizens, 16 Prozent der Gerste, 15 Prozent des Maises, 16 Prozent des Rapses, 50 Prozent des Sonnenblumenöls, 9 Prozent des Handels mit Sonnenblumenkernen und 61 Prozent des Sonnenblumenkuchens. Auch Russland hat als bislang bedeutender Exporteur von Weizen, Gerste, Mais, Roggen und anderen Agrarprodukten seine Ausfuhren deutlich zurückgefahren.

Auf das Getreide aus der Ukraine und Russland sind vor allem Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika angewiesen: Dort importieren laut der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) 25 Länder jährlich allein Weizen im Wert von fast zwei Milliarden US-Dollar. UN-Generalsekretär António Guterres spricht von einem „Hurrikan des Hungers“, der in Folge des Kriegs in der Ukraine drohe.

Die Preise auf den globalen Agrarmärkten sind infolge von Klimaschäden und der COVID-19-Pandemie bereits vor der russischen Invasion der Ukraine gestiegen. Weltweit steigende Energiepreise haben zudem wachsende Düngemittelpreise (plus 142 Prozent in 2021) und höhere Energiekosten für Landwirte zur Konsequenz.

„Kurzfristig sind Nahrungsmittelhilfen überlebenswichtig“, betont Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze. Ziel müsse es jedoch sein, „dass die Menschen in den ärmsten Ländern sich selbst versorgen können, damit steigende Weltmarktpreise nicht mehr automatisch zu mehr Hunger führen.“ Die neue Bundesregierung aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP hat in ihrem Koalitionsvertrag ihre politische Ausrichtung festgeschrieben, die Bekämpfung von Hunger und die Erreichung von Ernährungssicherheit mit dem Ansatz zu verknüpfen, den Kampf gegen Hunger und Armut mit dem Einsatz für Klimagerechtigkeit, Biodiversität und für eine sozial-ökologische Wende zu verbinden. Eine verbesserte Landwirtschaft vermeidet mittel- und langfristig Nothilfen, indem u. a. neue Anbaugelände entwickelt und überbeanspruchte Flächen gerettet werden. Nachhaltige Agrartechnologie kann die Produktivität steigern.

Hunger ist das größte Gesundheitsrisiko weltweit. An den Folgen von Unterernährung sterben jährlich mehr Menschen als an AIDS, Malaria oder Tuberkulose. Der Begriff der Ernährungssicherheit umfasst im Übrigen nicht nur die Nahrungsmittelversorgung als solche, sondern laut Definition der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO auch das Recht auf Nahrung und den Zugang zu gesunder Ernährung für alle.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Margit Wild, Martina Fehlner, Annette Karl, Doris Rauscher, Alexandra Hiersemann, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz, Stefan Schuster, Florian Ritter, Natascha Kohnen, Volkmarr Halbleib, Harald Güller, Christian Flisek, Michael Busch, Inge Aures, Horst Arnold, Klaus Adelt** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/22610

Putin nutzt den Hunger als Kriegswaffe: Bündnis für weltweite Ernährungssicherheit schaffen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Klaus Steiner

Abg. Ralf Stadler

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Martin Böhm

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Hep Monatzeder

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Christoph Skutella

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Folgen des Krieges in der Ukraine: Afrika nicht aus den Augen verlieren, Hunger in Afrika wirksam bekämpfen, Getreide- und Nahrungsmittelproduktion in Afrika stärken ([Drs. 18/22565](#))

und

Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Gerd Mannes und Fraktion (AfD)

Lebensmittelversorgung in Entwicklungsländern sichern - Spekulation mit Nahrungsmitteln, Flächen und Trinkwasser verbieten ([Drs. 18/22609](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus

Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion (SPD)

Putin nutzt den Hunger als Kriegswaffe: Bündnis für weltweite Ernährungssicherheit schaffen ([Drs. 18/22610](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Klaus Steiner für die CSU-Fraktion das Wort.

Klaus Steiner (CSU): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bundeskanzler Olaf Scholz sprach am 27.02.2022 vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs hinsichtlich der europäischen Sicherheitsstrukturen, aber auch hin-

sichtlich der globalen Energieversorgung von einer Zeitenwende. Der Krieg in der Ukraine – dieser schreckliche Krieg – lenkt den Blick aber auch auf die globale Nahrungsmittelversorgung, vor allen Dingen in Afrika, wo dieser Krieg gravierende Auswirkungen haben wird, die wir noch nicht abschätzen können.

Es ist mir aber ein großes Anliegen, heute festzustellen, dass dabei auch deutlich wird, dass nach den Zahlen der Vereinten Nationen für das Jahr 2021 auch ohne die Auswirkungen dieses Krieges in der Ukraine die Zahl der hungernden Menschen zum Beispiel in der Demokratischen Republik Kongo oder in Nigeria – eigentlich sehr, sehr reiche Länder – drastisch angestiegen ist. 2021 sind es 57 Millionen Menschen gewesen, die direkt und akut vom Hungertod bedroht waren; 140 Millionen Menschen waren von Hunger bedroht. Die Lage ist also sehr, sehr kritisch.

Diese dramatischen Zahlen machen erneut sehr deutlich, dass es schon längst einer Neuordnung und Neustrukturierung der globalen Nahrungsmittelmärkte – insbesondere bei Getreide – bedurft hätte. Vor allem bedarf es aber endlich auch einer gründlichen Analyse, warum dieser immens reiche Kontinent nicht auf die Beine kommt.

Ja, Afrika braucht dringend internationale Soforthilfe. Die westlichen Staaten müssen gleichzeitig aber auch endlich den Regierungen in den 56 Staaten Afrikas die Frage stellen, warum Afrika schlechter dasteht als jemals zuvor. Man muss die Frage stellen, warum die Mechanismen der Entwicklungshilfe und der westlichen Entwicklungspolitik keine erkennbare Wirkung gezeigt haben. Man muss fragen, was wir ändern müssen, um die Entwicklungspolitik und die Entwicklungszusammenarbeit neu zu strukturieren und effizienter zu machen. Jedenfalls funktioniert bzw. wirkt die bisherige Entwicklungshilfe in Afrika nur begrenzt.

Ich vermissen die Erkenntnis, dass diese Zeitenwende und die Neustrukturierung zur Schaffung dauerhafter, stabiler und verlässlicher Strukturen zur Sicherung der globalen Nahrungsmittelmärkte ohne eine aktive Rolle des Kontinents mit seinen 56 Staa-

ten nicht möglich sein wird. Ich vermisse diese Erkenntnis auch in dem nachgereichten Dringlichkeitsantrag der SPD. Darüber steht dort kein Wort.

Ich denke, es bedarf endlich substanzieller Nachjustierungen im Bereich der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern, um die immensen Potenziale dieses reichen Kontinents endlich für die Menschen zu nutzen und aus Afrika zukünftig endlich wieder einen aktiven Akteur auf den internationalen Lebensmittelmärkten und internationalen Partner bei der Erneuerung der globalen Nahrungsmittelversorgung zu machen. In dem SPD-Dringlichkeitsantrag steht auch darüber kein Wort.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns dazu an den Fakten orientieren und nicht unser Nichtwissen um die komplexen Zusammenhänge auf dem afrikanischen Kontinent zur Grundlage und zum Maßstab unserer weitgehend fehlgeschlagenen und in Afrika zunehmend als arrogant wahrgenommenen Almosenpolitik machen. So hat es die kenianische Frauenrechtlerin Fatuma Adan erst kürzlich festgestellt.

Vor allen Dingen brauchen wir das Bewusstsein und das Wissen, dass Afrika ein immens reicher Kontinent ist. Die Chinesen sind in Afrika nicht ohne guten Grund so intensiv unterwegs; die Länder werden in einem unglaublichen Tempo in Beschlag genommen. Wir nennen diese Länder in der entwicklungspolitischen Diskussion immer wieder die ärmsten Länder der Welt. Diese Länder sind oft sehr reich und hätten die Potenziale, die Lebenssituation ihrer Bürger in allen Bereichen sofort und entscheidend zu verbessern.

Ich nenne als aktuelle Beispiele hierfür Ruanda und Botswana, wo die Regierungen einfach durchgegriffen haben. Dort ist man von Entwicklungshilfe und mehr Geld nicht mehr abhängig. Dort flüchtet keiner mehr. Dort hungert keiner mehr – nur deshalb, weil die Regierung eines gemacht hat: verlässliche Regierungsstrukturen. Man nennt das Good Governance. Durch Bekämpfung der Korruption funktioniert plötzlich Landwirtschaft, funktioniert plötzlich Bildung, funktioniert Infrastruktur – mit oder ohne Lieferkettengesetz, mit oder ohne unfaire Handelsbedingungen;

(Zuruf)

es funktioniert, man muss es nur tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich bin nächste Woche wieder in den beiden Coltan-Minen in Katanga in der Demokratischen Republik Kongo; dort spielen sich furchtbare Dinge ab. Die Demokratische Republik Kongo ist immens reich an Bodenschätzen und könnte den halben Kontinent ernähren. Trotzdem wird sie in UN-Studien und in europäischen Studien als armes Land bezeichnet. – Irgendetwas passt nicht mehr.

Wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass sich die meisten Länder auf dem Kontinent trotz Dürren, trotz zunehmenden Klimawandels immer noch selbst ernähren könnten. Der Kontinent verfügt über ein Viertel der weltweiten landwirtschaftlichen Flächen. Aber nur 20 % dieses Viertels werden derzeit genutzt. Man könnte trotz Dürren und trotz Klimawandels viel mehr nutzen und die Probleme dieses Kontinentes beseitigen.

Allein das macht schon deutlich, wie falsch die Bewertung der Lage auf dem Kontinent zunehmend wird. Das wird leider auch im SPD-Dringlichkeitsantrag deutlich.

Meine Damen und Herren, man muss berücksichtigen, dass Afrika vor 40 Jahren ein Exporteur von Nahrungsmitteln war. 2022 steht der Kontinent schlechter als jemals zuvor da und ist auf Hilfslieferungen angewiesen. Der Weltbank zufolge ist das Wachstum in der Landwirtschaft für die Armutsbekämpfung doppelt so effektiv wie alle anderen Maßnahmen. Trotzdem wird diesem Thema im Rahmen der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten zu wenig Bedeutung beigemessen. Jedenfalls zeigt die Entwicklungshilfe in diesem Bereich keine oder nur begrenzte Wirkung.

Hinzu kommt die Tatsache, dass von den Regierungen in den letzten Jahrzehnten ländliche Entwicklung sträflich vernachlässigt worden ist. Man muss hier eine klare Botschaft an die afrikanischen Regierungen senden. Die zum Teil katastrophale Le-

bensmittelversorgung in vielen Ländern Afrikas ist vor allen Dingen auf Untätigkeit und Unfähigkeit – ich weiß, das ist unbequem; ich sage das aber sehr deutlich – vieler afrikanischer Regierungen zurückzuführen. Sie ist auf extrem schlechte Regierungsführung und eine immense Korruption zurückzuführen, die den Kontinent leer saugt, aber die Schweizer Konten der Kleptokraten in Afrika füllt.

Ich weiß, das ist sehr hart, was ich jetzt sage. Wir müssen aber endlich einen Paradigmenwechsel schaffen und dürfen uns nicht immer hinter der Floskel verstecken, mehr Geld und mehr Entwicklungshilfe würden die Probleme dieses armen Kontinents lösen. Allein der Bongo-Clan in Gabun – ein Ölförderland an der westafrikanischen Küste – verfügt über 50 Immobilien in Frankreich. In Gabun leben 80 % der Menschen am untersten Bereich, in bitterster Armut. – Das passt hier nicht mehr; wir müssen da was tun.

Dazu kommt, dass die Entwicklungshilfe der letzten 50 Jahre in Afrika weitgehend wirkungslos geblieben ist, obwohl die westlichen Staaten in den letzten Jahrzehnten 2 Billionen Euro nach Afrika gepumpt haben; dennoch ist keine erkennbare Verbesserung eingetreten. Unsere Entwicklungshilfe konnte vor allen Dingen die schlechte Regierungsführung verbunden mit der immensen Korruption – das ist das Dilemma der meisten Staaten – nicht wirksam bekämpfen.

Die Folgen sind bekannt, werden aber ignoriert. Die Folge ist ein immenser Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Regierungen. Die Folge ist Destabilisierung, und es entstehen Terrorgruppen. Mali ist das beste Beispiel. Nicht der Bundeswehreinsatz in Mali ist gescheitert, sondern die Entwicklungshilfe.

Meine Damen und Herren, die Entwicklungshilfe muss zukünftig verstärkt an konkrete Fortschritte und Eigeninitiative geknüpft werden; hier kommt die Stärkung der Agrarproduktion in Afrika ins Spiel. Unser Antrag zielt darauf ab, dass wir im Bereich der Agrarbildung und -ausbildung, bei Schulung und bei Anbaumethoden, bei effizientem Maschineneinsatz und Vorratshaltung usw. intensiver arbeiten und die Bundesregie-

rung auffordern, in diesem Bereich endlich mehr zu tun, dass wir unsere Entwicklungspolitik auch von bayerischer Seite her verbessern und intensivieren. Wir sind in Bayern auf einem guten Weg. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

Den Antrag der AfD werden wir ablehnen, weil er irgendwie herumschwadroniert. Wir können den Chinesen nicht vorschreiben, welche Brunnen sie wo graben sollen usw. Der Antrag der SPD fordert immer wieder dasselbe: mehr Geld. Das bringt diesen Kontinent nicht weiter. Vor diesem Hintergrund Zustimmung zu unserem Antrag, Ablehnung der Anträge der SPD und der AfD.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Steiner, es gibt zwei Zwischenbemerkungen. – Die erste kommt vom Abgeordneten Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Steiner, am deutschen Wesen soll wieder die ganze Welt genesen.

(Zuruf von der CSU: So ein Quatsch! – Unruhe)

Die Tafeln in Deutschland – –

Klaus Steiner (CSU): Können Sie bitte ein bisschen lauter sprechen? Sie nuscheln so.

Ralf Stadler (AfD): Ich nuschle? Okay. – Am deutschen Wesen soll wieder die ganze Welt genesen. Die Tafeln in Deutschland wissen schon nicht mehr, woher sie genug Lebensmittel für die Bedürftigen kriegen sollen. Lebensmittel sind bald nicht mehr bezahlbar. Kennen Sie überhaupt den aktuellen Armutsbericht aus Deutschland?

(Anhaltende Unruhe)

Deutschland hat mit einer Armutsquote von 16,1 % – das sind 13 Millionen Menschen – im Jahr 2020 einen neuen Höchststand erreicht. Was ist denn eigentlich mit unseren Leuten?

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Wer sind unsere Leute?)

Wie stehen Sie dazu?

Klaus Steiner (CSU): Sie stellen eine interessante Frage. Ich bin ganz überrascht darüber, dass Sie solch interessante Fragen stellen. Das ist genau diese europäische und Ihre Naivität; in Afrika wird über unsere Sicherheit, unser Klima und die Frage der Rohstoffe entschieden. Afrika ist immens reich. Das wüssten Sie, wenn Sie mir zugehört hätten; ich glaube eher, Sie sind schwerhörig. Wir müssen uns in Afrika engagieren, nicht allein aus Almosengründen – das ist schon richtig –, sondern aus strategischen Gründen. Genau das ist die entscheidende Frage. Sie können das auch den Russen überlassen; sie sind in Westafrika unterwegs. Sie können es den Chinesen überlassen; sie sind in Ostafrika unterwegs. Die Türken sind auch in Westafrika unterwegs, und sogar die Franzosen verfolgen in Westafrika, in den Sahelstaaten, eine eigenständige Politik. Was Sie sagen, ist also ziemlich naiv, aber gut.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe von der CSU: Bravo! – Staatssekretär Roland Weigert: Recht hat er!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine zweite Zwischenbemerkung, nämlich vom fraktionslosen Abgeordneten Swoboda. – Bitte.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Steiner, Sie kennen mich noch, haben mich aber schon lange nicht mehr gesehen.

Klaus Steiner (CSU): Ich kenne Sie nicht mehr, weil Sie eine andere Frisur haben.

(Heiterkeit bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Darum habe ich mich Ihnen jetzt extra vorgestellt. – Jetzt zu meiner Frage: Für mich sind Sie ein ausgewiesener Afrika-Experte; keine Frage. Der Hunger in Afrika ist uns allen seit vielen Jahren geläufig und nichts Neues. Auch die Gründe dafür sind übrigens nicht neu, und für Sie schon gleich gar nicht; das haben Sie auch gesagt: die ineffiziente Nahrungsmittelproduktion und -verteilung in Afrika selbst. Die Afrikaner könnten aber, wenn Sie denn wollten oder organisiert wären; das haben Sie völlig richtig gesagt. Die landwirtschaftlichen Produkte, die wir aus Europa und anderen Ländern der Welt Afrika zufließen lassen, verhindern ja, dass sie selbst auf den Trichter kommen und sich helfen. Geld hilft nicht; das haben Sie auch richtig gesagt. Jetzt wollen Sie es mit Bildung probieren, also mit Verbesserung des Geistes und der Befähigung.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Swoboda, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich bin gleich fertig. – Aber Sie wollen die Befähigung in Deutschland generieren.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Ihre Redezeit ist zu Ende! – Herr Präsident!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Steiner, Sie haben das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Wer sorgt dafür, dass sie wieder zurückgehen? Die gleichen Politiker, die gleichen Zustände – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Swoboda, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Glauben Sie wirklich, dass das dieser CSU gelingt?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Steiner hat das Wort.

Klaus Steiner (CSU): Es ist ganz einfach zu erklären. Als Erstes müssen wir von den afrikanischen Regierungen konkrete Fortschritte bei der Regierungsführung einfordern; sonst wird nichts funktionieren. Zweitens brauchen wir dann Unterstützung, aber Wissenstransfer und nicht Geld ist das Entscheidende, besonders Wissenstransfer im

Bereich der Sicherheit, weil es nur dann, wenn es innere Sicherheit gibt, auch Investitionen geben wird. Nur wenn es Investitionen gibt, wird in Afrika Wertschöpfung entstehen. Vor Kurzem hat ein afrikanischer Wissenschaftler gesagt, Afrika sei 2022 nicht einmal in der Lage, Steckdosen zu produzieren. Das ist ein bisschen übertrieben, aber es stimmt grundsätzlich. Zuerst muss Wertschöpfung kommen und dann Bildung, Bildung, Bildung, gleichzeitig müssen Agrarbildung und -produktion gesteigert werden. Wir müssen Druck auf die Regierungen ausüben. Mit Geld ist es nicht zu machen. Das ist auch der Fehler beim SPD-Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Steiner. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD-Fraktion. Er kann sich schon auf den Weg machen.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bauernverbandspräsident Rukwied hat vorgestern zur Ernährungssicherheit in Deutschland gesagt: "Die Versorgung sehe ich bis zum Frühjahr 2023 gesichert. Für den Zeitraum danach wage ich keine Prognose." – Bis zum Frühjahr 2023 sind es von heute an gerechnet genau 10 Monate.

Hier draußen sind Millionen Menschen, die realisieren, dass die Inflation im Einkaufswagen nicht 8 %, sondern um die 25 % beträgt. Da vorne wohnen junge Mütter, die ihren kleinen Kindern kein Obst mehr kaufen können. Da hinten leben Rentner, die traurig sind, weil es ab dem 20. des Monats nur noch Nudeln und Soße zu essen gibt. Und hier sitzt die CSU und hat nichts Besseres zu tun, als grüne Anträge zu plagiiieren und über die Weizenproduktion in Afrika zu schwadronieren.

(Beifall bei der AfD)

Der Weizenpreis liegt – Stand heute – bei 405 Euro pro Tonne. Allein mit dem, was der Freistaat für seine vollkommen sinnferne Vertretung in Addis Abeba jährlich ausgibt, könnten Sie also 1.000 Tonnen Weizenäquivalent einkaufen und damit 10.000 Menschen ein ganzes Jahr lang ernähren.

Vermutlich gibt es aber in Kreisen alter Amigos keine Agentur, die sich aus der Schweiz heraus mit Weizenvermittlung beschäftigt; deswegen auch Ihr Antrag. Ihre plötzliche Sorge scheint auch nicht der Not der Menschen dort geschuldet, sondern der durchaus berechtigten Angst vor weiteren Flüchtlingsströmen aus Afrika nach Europa; denn genauso wie die USA mit der Unterstützung der Farbenrevolution zur Destabilisierung unseres Kontinents und speziell zur Destabilisierung Deutschlands beigetragen hat, trägt Putin heute dazu bei, in Afrika neue Fluchtursachen zu schaffen.

Wir alle sind aber nur deswegen das Ziel von Aggression und Flucht, weil es Deutschland über Jahrzehnte hinweg versäumt hat, Wirtschaftsmacht in harte Geostrategie umzumünzen, und weil das Verprassen der Friedensdividende wichtiger als Wehrhaftigkeit und Grenzschutz war. Bei all diesen Versäumnissen saßen Sie in Berlin mit am Tisch.

(Beifall bei der AfD)

Aber zur Sache: Natürlich ist die Entwicklung am Weltmarkt für Weizen dramatisch; betroffen davon ist vor allen Dingen Afrika. Der Lösungsansatz Ihres Antrags greift aber zu kurz. Was Sie fordern, dauert Dekaden und wird genauso lange erfolglos versucht. Die Swiss Re hat gemeinsam mit der ETH Zürich schon vor Jahren Modelle der Ernteversicherung für Afrika errechnet und entwickelt. Als ideale Unterstützung der Bauern dort hätte deren Eigeninitiative mit geringen Subventionen der alten Welt dabei einen grandiosen Hebel bekommen. Das wurde leider immer wieder abgelehnt von links-grünen NGOs, die bei solchen Hilfsaktionen um ihre Lebensberechtigung fürchten.

Wir als Bayerischer Landtag müssen uns aber zuallererst um das schnelle Ende der sinnlosen Gängelung unserer Landwirtschaft durch grüngewaschene EU-Politik kümmern.

(Beifall bei der AfD)

Bei mittlerweile vierfachem Düngemittelpreis bekommt die Gülle ihr altes gutes Recht zurück. Blühstreifen, Grünland und Weidehaltung können so lange warten, bis wir wissen, ob wir das eigene Volk überhaupt noch von unserer Scholle ernähren können. Das sind die Fakten.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist ja irre! – Weitere Zurufe)

Denen sollten Sie als Regierungspartei sich widmen.

Ihren Dringlichkeitsantrag lehnen wir ab und geben Ihnen die Chance, unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der AfD-Redner gerade die Position seiner Fraktion deutlich gemacht hat – Brot nicht für die Welt, sondern für Deutschland – und der Redner der CSU eine Generalabrechnung mit der Entwicklungspolitik, auch der im Bund der letzten Jahre, für die die CSU zuständig war, wie gewohnt – wir kennen das aus dem Europaausschuss – vorgebracht hat, gestatten Sie mir, in drei Minuten kurz zu erklären, worum es tatsächlich geht.

Der Krieg in der Ukraine ist ein Krieg nicht nur gegen das ukrainische Volk, sondern gegen die ganze Welt, gegen die Demokratie, gegen die Freiheit, gegen die Menschenrechte. Leider benutzt Putin auch den Hunger als Kriegswaffe mit dem Ergebnis,

dass die Kornkammer der Welt kein Getreide mehr liefern kann. Die Ernte in der Ukraine fällt aus. Das hat viele Gründe. Die Landwirte sind selbst im Krieg als Soldaten. Die Böden funktionieren nicht mehr, weil sie beschädigt sind. Viele Landwirte sind geflüchtet. Das bisschen, was noch an Getreide gewonnen werden konnte, kann nicht ausgeliefert werden, weil die Häfen zu sind, weil Putin die Häfen beherrscht. Der Treibstoff wird teurer. Der Dünger wird teurer. Das Tierfutter wird teurer. Die Leidtragenden sind nicht nur die Ukrainerinnen und Ukrainer selbst, sondern insbesondere auch die ärmsten Länder in Afrika, im Mittleren und im Nahen Osten. Der Libanon ist zu 90 % von Getreide aus der Ukraine abhängig, genauso wie beispielsweise Eritrea und Somalia.

Die EU hat reagiert und ihre Nachhaltigkeitsstrategie "Farm to Fork" zumindest zeitlich verzögert. Brachen, die bisher für Biodiversität genutzt werden sollten, werden jetzt wieder als Äcker verwendet. Auch die Bundesrepublik hat reagiert. Olaf Scholz hat 430 Millionen Euro für das Welternährungsprogramm angekündigt. – Herr Steiner sagt, das braucht es nicht, das nützt nichts. – Ich bin der festen Überzeugung: Bei 800 Millionen Hungernden weltweit wird dieses Geld gerade jetzt dringend benötigt. Ich bin auch Frau Schulze, der Bundesentwicklungsministerin, sehr dankbar, dass sie ein Bündnis für globale Ernährungssicherheit schmiedet, um die Themen auf internationaler Ebene zu erörtern und in etwas differenzierterer Art und Weise darzustellen, als das gerade hier geschehen ist. Es braucht vor allen Dingen auch eine Veränderung des Agrar- und Ernährungssystems weltweit; denn wie bereits 2008 bei der Explosion der Preise stellt sich jetzt heraus, dass dieses System nicht resilient ist.

Worüber müssten wir also diskutieren? – Zum Beispiel über den Verzicht auf Biokraftstoffe, weil "Bio" im Moment nicht in den Tank gehört, sondern bei der Knappheit auf den Teller. Wir müssten darüber reden, die Fleischproduktion weltweit zu senken, weil über 50 % der Getreideproduktion an das Tier gehen, nicht an den Menschen. Wir müssten darüber reden, wie wir die Spekulation mit Lebensmitteln stärker in den Griff bekommen können. Nach den Lebensmittelspekulationen von 2008 hat man angekün-

digt, die Warenterminmärkte stärker an die Kandare zu nehmen. Das ist leider nicht geschehen. Wir müssten darüber reden, wie wir es verhindern können, dass Lebensmittel verschwendet werden, auch in unserem Land. 500.000 Tonnen Brot werden in Deutschland jedes Jahr weggeworfen. – Das sind die Themen.

Auch Bayern könnte im Übrigen etwas tun, Herr Steiner. Das haben Sie weggelassen. Wir haben Partnerländer – Senegal, Äthiopien –, die gerade jetzt unsere Hilfe brauchen. Da wären bayerische Hilfe und Edukation, meinetwegen aber auch Finanzmittel notwendig. – Meine Redezeit geht zu Ende, zeigt mir Frau Dr. Strohmayer an.

In jedem Fall muss das Thema sein, Hunger und Armut im Zusammenhang mit Klimagerechtigkeit und Biodiversität zu bekämpfen. Das ist das Konzept der Bundesregierung. Das war im Übrigen bereits das Konzept von Entwicklungsminister Müller. Herr Steiner, das war ein richtiges Konzept. Ich distanziere mich nicht von Ihrem Entwicklungsminister, wie Sie es getan haben. Da Ihr Antrag eine Spur vernünftiger und differenzierter war als Ihre Rede, werden wir Ihrem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Der nächste Redner ist der Kollege Hep Monatzeder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Hep Monatzeder (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Alle zehn Sekunden verhungert ein Kind unter fünf Jahren in Afrika. Diesem Massensterben begegnet die Welt seit Jahren mit eisiger Gleichgültigkeit; denn struktureller Hunger erregt äußerst wenig Aufsehen. Von allen Menschenrechten ist das Recht auf Nahrung dasjenige, welches auf unserem Planeten sicherlich am häufigsten, am zynischsten und am brutalsten verletzt wird.

Konjunktureller Hunger springt hingegen sofort ins Auge. "Breaking News" ist das Stichwort. Er bricht plötzlich aus, wenn sich eine Naturkatastrophe ereignet, eine Region von Heuschrecken, Trockenheit oder Überschwemmung verwüstet wird oder

wenn ein Krieg wie jetzt in der Ukraine dazu führt, dass die Menschen nicht mehr mit Nahrungsmitteln versorgt werden.

Gegen akute Hungerkrisen muss effektive Nothilfe her. Da sind wir uns einig. Dazu braucht das unterfinanzierte UN-Welternährungsprogramm kurz- und langfristig mehr Geld. Sehr effiziente Maßnahmen, um die Nahrungsmittelpreise kurzfristig zu stabilisieren, wären auch weniger Verwendung von Getreide für Treibstoff oder Futtermittel und nicht zuletzt weniger Verschwendung von Lebensmitteln hier im globalen Norden. Weltweite Ernährungssicherheit muss Priorität haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn also nun die CSU "Afrika nicht aus den Augen verlieren, Hunger in Afrika wirksam bekämpfen" fordert, so ist daran auf den ersten Blick nichts falsch. Wenn ich mir Ihren Antrag anschau, dann sehe ich auch einige gute Ansätze. Denke ich aber an Ihre Rolle in den letzten 15 oder 20 Jahren auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene, dann habe ich meine Bedenken; denn mir fehlen der globale Kontext und die Eigenverantwortung. Wenn Sie sich hinstellen und einfach nur lokale Produktion von Nahrungsmitteln fordern, dann haben Sie das Programm in seiner Tragweite leider nicht begriffen. Herr Steiner, das sind auch die Gründe, warum unsere Freihandelspolitik die Abhängigkeit des globalen Südens von Nahrungsmittelimporten erst geschaffen hat.

Zu den aktuellen Problemen haben wir in der EU beigetragen. Der Krieg in der Ukraine ist da nur ein Tropfen auf das bereits überlaufende Fass. Westliche Politik hat lokale Ernährungssysteme systematisch zerstört und die Übermacht von multinationalen Konzernen begünstigt. Herr Steiner, wir haben uns auch die Kleptokraten herangezogen, mit denen wir nämlich wunderbar gelebt haben.

Kolleginnen und Kollegen, die Klimakrise ernst zu nehmen und auf allen Ebenen nachhaltig zu bekämpfen, ist der richtige Weg, auch und gerade zur Bekämpfung von Hunger. Meine Kollegin Deborah Düring hat neulich im Bundestag gesagt: Es gibt

keine eindimensionalen Lösungen à la CSU für diese mehrdimensionalen Probleme. – Dem kann man sich nur anschließen.

Die fehlgeleitete EU-Umwelt- und Agrarpolitik so, wie Sie es in Ihrem Antrag fordern, auf Afrika zu übertragen, wäre mit Sicherheit der grundfalscheste Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klima- und Umweltschutz dürfen nicht gegen Ernährungssouveränität ausgespielt werden, im Gegenteil: Es führt kein Weg am biologischen Umbau der globalen Landwirtschaft vorbei. Das fehlt in Ihrem Antrag vollkommen, genauso wie die Regulierung der Nahrungsmittelspekulationen und Schuldenmoratorien für besonders betroffene Länder. – Wir werden uns bei Ihrem Antrag deshalb enthalten.

Natürlich müssen die lokale Produktion, die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zwingend gefördert werden. Aber wir brauchen agrarökologische Ansätze und müssen die Abhängigkeit von Pestiziden und Mineraldünger verringern. Bei all dem müssen Frauenrechte zwingend im Fokus stehen. Wir brauchen Klimaschutz, eine agrarökologische und gesellschaftliche Transformation, fairen Handel und Verteilungsgerechtigkeit. Nur so ist eine echte Ernährungssouveränität erreichbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Monatzeder, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Wir haben noch eine Intervention von Frau Kollegin Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege, lieber Hep, ich habe dazu eine Frage: Im letzten Absatz dieses Dringlichkeitsantrags werden positive Multiplikatoren gefordert, damit die kleinen Landwirte aus Afrika mit Bayern zusammenarbeiten können. Du hast neulich ein großartiges Projekt ausgezeichnet, mit dem durch kleine Schritte ganz Großes bewirkt werden kann. Du hast das Projekt Char2Cool ausgezeichnet, bei dem wir der Multiplikator sein können, um vor Ort fruchtbaren Boden

zu schaffen und ein Umweltproblem zu lösen. Ich hätte schon die Bitte, dass du uns über solche kleinen Bausteine, die Großes bewirken, etwas erzählst; denn du warst der Laudator.

Hep Monatzeder (GRÜNE): Das mache ich sehr gerne; denn dieses Beispiel zeigt sehr deutlich, wie eine nachhaltige ökologische Landwirtschaft in Afrika betrieben werden kann. Das passiert nicht, indem wir Hybridpflanzen und den entsprechenden Dünger runterschicken. Bei diesem Projekt geht es darum, die vorhandene Situation zu nutzen. Dort gibt es Wasserhyazinthen, die sich verbreiten. Sie werden ausgefischt und zu Kohle verarbeitet. Diese Kohle ist das natürliche Düngemittel, um den Boden mit Nährstoffen zu versorgen.

Das ist ein hervorragendes Projekt. Da braucht es niemanden, der von außen eingreift, um diese sich von sich aus regenerierende Landwirtschaft zu betreiben. Von daher finde ich solche Projekte wichtig. Sie haben gute Ansätze. Ich finde es toll, dass in diesem Dringlichkeitsantrag einiges steht, was ich durchaus unterschreiben kann. Mir fehlt dabei aber der große Wurf.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Hep Monatzeder (GRÜNE): Es gilt das, was ich zu den Themen EU und multinationale Konzerne gesagt habe.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Nun folgt der Abgeordnete Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ukraine und Russland sind bedeutende Akteure auf dem internationalen Agrarmarkt. Wegen der in vielen Regionen nicht erfolgten Aussaat der Sommerkulturen fällt die Ukraine in diesem Erntejahr als Produzent in weiten Teilen weg. Die Landwirte,

die noch arbeiten können, riskieren täglich bei den Arbeiten auf den Feldern ihr Leben. Nach Angaben des Vorsitzenden des ukrainischen Agrarrates, Andriy Dykun, werden Landwirte in den von Russland besetzten Gebieten beschossen. Im Internet findet man Videos von Schleppern, die über Minen gefahren sind und vollständig zerstört wurden. Neben all diesen Gräueltaten und den Gefahren, denen sich die Landwirte in der Ukraine aussetzen, fehlt es den Betrieben an Betriebsmitteln, vor allem an Diesel.

Auf den Getreidehandel mit der Ukraine sind besonders Länder aus dem Nahen Osten und in Afrika angewiesen. Experten warnen eindringlich davor, dass die Lebensmittelversorgung von Hunderten Millionen Menschen in armen und importabhängigen Ländern gefährdet ist. Schätzungen der Weltbank zufolge führt jeder Anstieg des Lebensmittelpreises um einen Prozentpunkt dazu, dass weltweit 10 Millionen Menschen in extreme Armut abrutschen. Die internationalen Hilfsorganisationen, Weltbank und Internationaler Währungsfonds, das Welternährungsprogramm, aber auch die Welthandelsorganisation fordern Nahrungsmittelforthilfen. Sie fordern Finanzhilfen, um Nahrung und Betriebsmittel für Kleinbauern zu kaufen, eine Steigerung der Agrarproduktion und letztlich auch den offenen Handel.

Nahrungsmittelforthilfen müssen kurzfristig und schnell auf den Weg gebracht werden. Nach Angaben des World Food Programme braucht es angesichts eines so noch nicht da gewesenen humanitären Bedarfs insgesamt 18,9 Milliarden US-Dollar. Das WFP erhielt im Jahr 2020 jedoch nur 8,5 Milliarden Dollar an Spenden. Die Organisation rechnet allein wegen gestiegener Lebensmittelpreise und wegen des Ukraine-Konflikts mit Mehrkosten von rund 850 Millionen Dollar pro Jahr.

Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir hat bereits Nahrungsmittelforthilfen zugesagt. Die Bundesregierung stockt die humanitäre Hilfe von 64 Millionen Euro auf 370 Millionen Euro auf. So kann unter anderem die Arbeit des World Food Programme massiv ausgeweitet werden. Soforthilfen können zwar die größte Not abmildern, aber das ist keine langfristige Lösung. Herr Kollege Steiner, da bin ich voll bei Ihnen. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass wir uns in diesen Zeiten Stilllegungen der für die

Lebensmittel- und Futtermittelproduktion nutzbaren Flächen nicht leisten können. Die Herausnahme weiterer Flächen aus der landwirtschaftlichen Produktion oder die Absicht, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen auszuweiten, bedeutet weitere Produktionseinbußen und eine Verknappung der Menge auf den Märkten.

Die für die Nahrungsmittelproduktion verfügbare Agrarfläche kann global nur sehr begrenzt erweitert werden. Beim Thema Ernährungssicherung müssen wir aber auch über offenen Handel sprechen. Das hat Herr Kollege Rinderspacher schon getan. Dazu gehört es vor allem, den Korridor für Getreidetransporte auf dem Schwarzen Meer abzusichern. Für die afrikanischen Länder ist das kurz- und mittelfristig von großer Bedeutung, um dort eine humanitäre Katastrophe zu verhindern.

Die Forderung im Dringlichkeitsantrag der Regierungskoalition, den Austausch mit Landwirten und Agrarwissenschaftlern aus afrikanischen Ländern auszubauen und zu verstärken, unterstützen wir von der FDP-Fraktion selbstverständlich. Herr Kollege Steiner ist hier ein glaubwürdiger Experte, da er vor Ort Erfahrungen gesammelt hat, um die er zu beneiden ist. Er kann die dortige Lage sehr gut einschätzen. Die Wirkung muss aber langfristig betrachtet werden. Wir müssen jetzt kurzfristig und europäisch handeln, wie das die Bundesregierung tut.

Die FDP-Fraktion unterstützt trotzdem diesen Dringlichkeitsantrag, weil er langfristige Ziele verfolgt, die wir teilen. Den Dringlichkeitsantrag der AfD lehnen wir ab. Beim Dringlichkeitsantrag der SPD werden wir uns enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Jetzt spricht Frau Kollegin Schmidt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Anders als die AfD bin ich der Meinung, dass es schändlich ist, dass auf dieser Welt überhaupt noch Menschen an Hunger sterben, vor allem, wenn es Kinder sind. Sie sagen,

wir könnten 10.000 Menschen ernähren, und der Rest ist uns egal. Was Sie da sagen, ist einfach ekelhaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Andreas Winhart (AfD): Was Sie sagen, ist schändlich!)

Wenn Sie sich über Fluchtbewegungen lustig machen, dann möchte ich das auch tun.

(Andreas Winhart (AfD): Sie müssen schon richtig zitieren, Frau Kollegin!)

Ihre Fraktion hat eine Fluchtbewegung von knapp 30 % zu verzeichnen. Wenn wir noch die Vermissten dazuzählen, sind wir bei 35 %.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt möchte ich zum Thema sprechen und nicht darüber, Menschen zu vergessen, oder über die Frage, wer an wem genesen wird. Dass es uns so gut geht, hat vor allem klimatische und topografische Gründe. Vor den beiden Weltkriegen ging es den europäischen Ländern noch nicht so gut. Das hatte mit der landwirtschaftlichen Ausbildung zu tun. Landwirtschaftliches Wissen war bis nach dem Zweiten Weltkrieg elitäres Wissen. Dieses Wissen haben sich Menschen erkaufte, die einen großen Besitz hatten. Sie machten eine landwirtschaftliche Ausbildung. Die kleinen Landbesitzer haben vieles nachgeahmt, hatten aber keinen Zugang zur Technik.

Deshalb ist es für jede Krisenregion wichtig, dass wir Wissen transferieren und den Menschen den Zugang zu einer landwirtschaftlichen Ausbildung gewähren. Als ich mit Hep Monatzeder unterwegs war, habe ich das Projekt von Benno Zierer und Dr. Martin Huber "Freunde Afrikas" kennengelernt. Für dieses Projekt haben sich in Tansania 2.000 Kleinbäuerinnen und Kleinbauern für das nächste Jahr angemeldet, die die Landwirtschaft lernen wollen. Dort wurden Versuchsfelder angelegt.

Lieber Markus Rinderspacher, lieber Hep Monatzeder und lieber Klaus Steiner, jetzt möchte ich die Verbindung herstellen: Unser Wissen zu transferieren, ist die größte

Hilfe, die wir geben können, um Menschen die erforderlichen Möglichkeiten zu geben. Die Ressourcen sind vorhanden. Menschen zu vergessen oder abzuschreiben, bloß weil sie nicht die Gnade hatten, auf unserem Kontinent oder wie Sie in Bayern geboren zu werden, ist einfach verächtlich. Schämen Sie sich dafür! Ich bin froh, dass so viele bei diesem Antrag mitgehen und die Menschen nicht abschreiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Schmidt, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Böhm von der AfD.

Martin Böhm (AfD): Werte Frau Kollegin, die Unkonzentriertheit bei meiner Rede sei Ihnen verziehen. Sie sollten trotzdem noch einmal klarstellen: Die Zahl von 10.000 Menschen, die wir ernähren können, resultiert daher, dass der Bayerische Landtag durchaus hingehen und die Mittel von 500.000 Euro, die der recht umstrittene Ministerpräsident mit seiner Afrikapolitik jedes Jahr für eine Dependence in Addis Abeba ausgibt, freimachen könnte, um sie sinnvoll in der Welternährung einzusetzen. Wie stehen Sie zu der Idee? Finden Sie es besser, weiterhin die Vertretung dort im Hinterhof zu unterhalten, vermutlich fast tatenlos und schlecht besetzt? Oder wäre es nicht besser, mit dem Geld wirklich etwas für die Ernährungssicherheit auch der Menschen in Afrika zu tun?

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Böhm, wenn das nicht nur ein schäbiges Feigenblatt wäre, würde ich sagen: Wunderbar. – Solange Sie nicht über die zig Millionen anderen Menschen reden, möchte ich mit Ihnen auch nicht über dieses Projekt reden, weil es nur ein Ablenkungsmanöver dafür ist, dass man andere Menschen auf einem anderen Kontinent komplett vergisst.

(Andreas Winhart (AfD): Das war eine konkrete Frage!)

Herr Stadler hat vorhin das seltsamste Zitat aller Zeiten verwendet, wer an uns gehen soll – –

(Andreas Winhart (AfD): Frage beantworten!)

– Wissen Sie was? Das haben Sie auch noch nie gemacht.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber bei mir ist das so, weil ich nicht antworten mag, und bei Ihnen, weil Sie es nicht können. Also vielen lieben Dank. – Wenn ich darüber spreche, dann mit Menschen, die sich ernsthaft mit Entwicklungshilfe und der Förderung anderer Länder beschäftigen, mit Klaus Steiner, Hep Monatzeder und den anderen Kollegen, aber mit Ihnen bestimmt nicht; denn bis jetzt haben Sie sich mit Wissen und Daten auch nicht hervorgetan.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aussprache ist geschlossen. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/22565 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD, die FDP und der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Jetzt habe ich nicht gesehen, wie der fraktionslose Abgeordnete Sauter abgestimmt hat. – Zustimmung. Dann ist dieser Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/22609 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion.

Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen! – Das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Klingen. Herr Sauter (fraktionslos)? – Eine Gegenstimme. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/22610 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der AfD und der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Stimmenthaltungen bitte angeben! – Das ist die FDP-Fraktion. Die beiden fraktionslosen Abgeordneten Sauter und Swoboda haben noch nicht abgestimmt. Es wäre gut, wenn wir da auch noch ein Abstimmungsergebnis hätten. – Beide Male Enthaltung. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.